

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Datum: 10.03.2020  
Ort: Raum 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz  
Zeit: 16:33 Uhr - 20:30 Uhr  
Vorsitz: Herr Bürgermeister Michael Stötzer

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte  
Ist: 10 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Frau Julia Fischer	sachkundige Einwohnerin	dienstlich
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion	ab 16:34 Uhr; TOP 2
Herr Steffen Wegert	AfD-Stadtratsfraktion	ab 16:36 Uhr; TOP 4

#### **Vorzeitiges Verlassen**

Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion	ab 18:56 Uhr, TOP 6, privat
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	ab 20:19 Uhr; TOP 7.1; privat

#### **Zeitweilige Abwesenheit**

Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion	16:38 Uhr bis 16:55 Uhr; TOP 4
------------------	--------------	-----------------------------------

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Dietmar Berger	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI
Herr Otto Günter Boden	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Reiner Drechsel	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Bernhard Herrmann	Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/ Die Grünen
Herr Thomas Scherzberg	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI
Herr Volkmar Zschocke	Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/ Die Grünen

#### **stellvertretende Ausschussmitglieder**

Herr Jürgen Leistner	CDU-Ratsfraktion	für Herrn Fritzsche
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	für Herrn Müller; ab 16:46 Uhr; TOP 4

### **sachkundige Einwohner**

Herr Dirk Fellendorf	sachkundiger Einwohner
Frau Frauke Meier	sachkundige Einwohnerin
Herr Thomas Schuffenhauer	sachkundiger Einwohner
Herr Dr. Jörg Schuster	sachkundiger Einwohner

### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67
Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Nicolas Hamann	Abteilungsleiter 61.4
Frau Carina Kühnel	Abteilungsleiterin Amt 36.1
Frau Gabriele Schulze	Referentin D6
Frau Ulrike Stanko-Schreyer	Sachbearbeiterin Amt 61.4
Herr Raik Ullrich	Abteilungsleiter 67.1
Herr Jörg Weisbrich	Amt 67.36
Frau Elisa Wolf	Amt 61.4
Herr Andreas Streich	Abteilungsleiter Amt 67.3
Frau Katrin Lüdtko	Sachbearbeiterin 67.1

### **Gäste**

Herr Dr. Neuhaus	Geschäftsführer VMS
Herr Korda	Geschäftsbereichsleiter VMS

### **Schriftführerin**

Jessica Dittrich	Sachbearbeiterin Amt 15.4
------------------	---------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Stötzer** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich - vom 21.01.2020
- 

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bericht des VMS
- 

**Herr Dr. Neuhaus (Geschäftsführer VMS)** bedankt sich für die Einladung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität und erklärt, dass es keine klassische Vorgabe für die Inhalte gäbe.

Er sagt, dass die Themen vorgestellt werden, die vom VMS als besonders wichtig erachtet werden. Er sagt, dass **Herr Korda** den Sachstand zum Chemnitzer Modell vorstellen wird. Des Weiteren werde man vorgesehene Tarifveränderungen im VMS-Tarif vorstellen und zum Vertrieb berichten. Er sagt, es werde über die Transparenz in der Arbeit des VMS und zum Thema Bildungsticket berichtet.

**Herr Korda (Geschäftsbereichsleiter VMS)** führt die vier Bau-Stufen des Chemnitzer Modells auf. Zur Stufe 1 berichtet er, dass der Hauptbahnhof abgeschlossen sei und im Februar der Mittelverwendungsnachweis beim Freistaat Sachsen abgegeben wurde und die Schlussrate bereits beantragt worden sei. Das Thema sei aus der Sicht des VMS, in der gehandelt werden könne, abgeschlossen. Über die Stufe 2 berichtet er, dass ein wesentlicher Teil der Stadt Chemnitz schon erbracht wurde. Er bezieht sich dabei auf die Straßenbahn bis zur TU Chemnitz. Er sagt, dass man deutlich steigende Fahrgastzahlen verzeichnen könne. Das Zusammenspiel zwischen Straßenbahn und City-Bahn funktioniere sehr gut. An der Eisenbahnstrecke sei der Stand erreicht, dass man seit Herbst letzten Jahres im Bau sei. An verschiedenen Teilen der genannten Strecke könne man dies gut erkennen. Er berichtet über verschiedene Abschnitte des Gleisverlaufes und erkennbare Fortschritte. Er nennt dazu Beispiele. Er sagt, dass die Planungsunterlagen an diesem Eisenbahnabschnitt die Herausforderung gewesen seien, denn damit gab es Schwierigkeiten, welche allerdings zum jetzigen Zeitpunkt geklärt sind und man sich deshalb im Bau befinde. Er informiert, dass in der nächsten Verbandsversammlung am 03.04.2020 ein Beschlussvorschlag eingebracht werde, zum Thema Zwischenfinanzierung. Grund dafür sei ein nicht beschiedener Förderantrag beim Freistaat Sachsen. Man habe seit drei Jahren einen Vorfinanzierungsstand in Höhe von 11 Mio. € erreicht. Ein Inbetriebnahmeterrin könne noch nicht genannt werden, man hoffe auf eine schnelle Umsetzung und man habe ein positives Gefühl zur Umsetzung.

Zur Stufe 3 in Richtung Niederwiesa berichtet er, dass in diesem Abschnitt die Planung derzeit ruhe. Er sagt, dass die Stufe 4 die Norderweiterung nach Limbach-Oberfrohna betreffe. Man habe sich mit der Stadtverwaltung Chemnitz abgestimmt, wie man vorankommen möchte. Er berichtet, dass man diese Stufe als nächstes angehen wolle. Der 1. Abschnitt bis zur Ermafa-Passage wurde abgestimmt und in den Wettbewerb gegeben. Er sagt, dass bis zum 09.03.2020 die Frist der Teilnahmeanträge lief. Er erklärt, dass man bis Sommer die Angebote der Generalplaner erhalten werde. Das Ziel ist es, bis August 2020 einen Zuschlag zu erteilen. Der ausgewählte Generalplaner werde dann mit der Planung der Stufe 1 beginnen. Herr Korda nennt das betroffene Gebiet der Stufe 1 und erklärt, dass mit diesem Projekt eine wichtige Entscheidung für die nächsten zehn Jahre getroffen werde und somit auch bis August die Finanzierung geklärt sein müsse.

Zur Stufe 5 des Chemnitzer Modells führt er aus, das man an der Stelle dieses Jahr in die Planfeststellung gehen werde und man im Jahr 2022 den Bau beginnen werde. Er erklärt, dass zum Chemnitzer Modell auch Fahrzeuge gehören. Er sagt, dass der vorhandene Fuhrpark nicht ausreiche, deshalb müsse man diesen erweitern. Er berichtet, dass der VMS im Jahr 2018 der Beschaffungsgemeinschaft VDV-Tram-Train beigetreten ist und man nun entscheiden müsse, ob man bei einer finalen Vergabe oder in einer alleinigen Vergabe mitwirke.

**Herr Stadtrat Boden** fragt, ob es sich beim für die Fördermittel zuständigen Ministerium um das Gleiche handelt, wie vor der Landtagswahl. Zudem fragt er, ob die Züge am Hauptbahnhof enden oder zwischendrin halten.

**Herr Korda** sagt, dass es sich bei der Finanzierung um dasselbe Ministerium handle, wie zuvor. Zum Thema Anbindungen an den Hauptbahnhof sei man, bezüglich des Betriebsraumkonzeptes, in Gesprächen mit der CVAG und mit der Stadt Chemnitz. Im Gespräch seien verschiedene Varianten von Verknüpfungen.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein** fragt in welchem Zeitraum das Chemnitzer Modell umgesetzt sei.

**Herr Korda** antwortet, dass im Sommer 2020 die Finanzierungsplanung abgeschlossen sein soll und sich danach eine Grundlagenuntersuchung anschließe. Im Jahr 2021 werde die Variantenuntersuchung geplant, welche bis 2022 abgeschlossen sein soll. Im Jahr 2022/2023 sei die Planfeststellung vorgesehen. Kurzfristige Entscheidungen zum weiteren Fortgang können erforderlich werden, ein konkreter Fertigstellungstermin könne noch nicht benannt werden.

**Frau Meier** fragt, weshalb die Stufe 3 ruhe.

**Herr Korda** erklärt, dass man sich aufgrund finanzieller und personeller Ressourcen damit überheben würde.

**Herr Bürgermeister Stötzer** ergänzt, dass es fünf Ausbaustufen in der Stufe 3 gibt. Er sagt, dass zwei dieser fünf Stufen von der Stadt Chemnitz durchgeführt werden. Es werde also trotzdem parallel laufen.

**Herr Dr. Schuster** fragt, ab wann die Züge bis Limbach-Oberfrohna durchfahren werden.

**Herr Dr. Neuhaus** antwortet, dass dies vom Verfahren abhängen. Es könne kein konkretes Datum genannt werden.

Zum Thema Tarifänderungen des VMS im Jahr 2020 gibt er einen kurzen Rückblick aus dem Jahr 2018.

Er sagt, dass im ersten Tarifjahr eine Einnahmensteigerung von 3 % erreicht wurde, bei einer Preissteigerung von 2,6 %. Zudem sind die Fahrgastzahlen um 0,2 % gestiegen. Er geht auf gesetzliche Bedingungen zur Tarifbildung ein. Er informiert, dass es Lohnkostensteigerungen durch Lohntarifabschlüsse gab und erklärt diese Lohnsteigerungen anhand der verschiedenen Vergütungsgruppen. Ähnliche Steigerungen gab es im Eisenbahnbereich und Stadtverkehrsunternehmen.

Er geht auf den entworfenen Tarifvorschlag ein und sagt, dass eine Preissteigerung im bestehenden Regelsortiment von 5 % vorgesehen sei. Er informiert, dass das bestehende Seniorenticket um ein Partnerticket ergänzt werden soll. Er sagt, dass die einzige Bedingung dieses Tickets sei, dass die Zahlung über ein Konto abgewickelt werde.

Dies habe Einfluss auf den Bereich Neukundenerwerb.

**Herr Dr. Neuhaus** geht auf das Azubi-Ticket des VMS ein. Er sagt, dass dem eine Veränderung des Berechtigten-Kreises für die Schülerverbundkarte einhergehe.

**Herr Stadtrat Ulbrich** bittet, ein laufendes Ticket für Schüler bis zum 15. Lebensjahr in Betracht zu ziehen. Dies soll verhindern, dass jedes Jahr erneut einen Antrag gestellt werden müsse.

**Herr Dr. Neuhaus** nimmt die Bitte zur Diskussion im nächsten Tarifbeirat mit.

Er gibt zum Thema RE 6 ein kurzes Update und sagt, dass ein Ersatzkonzept diskutiert wurde, welches eine Finanzierung mit sich brächte. Er informiert, dass die Preßnitztalbahn einen Förderbescheid zur Anschaffung und Sanierung von Gebrauchtfahrzeugen bekommen hat, welche auf der Strecke Chemnitz/Leipzig eingesetzt werden sollten. Dieses Konzept ist gescheitert, da bestimmte Nebenbestimmungen im Förderbescheid dies nicht ermöglichten. In dieser Zeit sei man nicht untätig geblieben und habe weiterhin nach Ersatzkonzepten gesucht. Er sagt, dass die Entwicklung seitdem weitergegangen sei und es einen enormen Schub im Bereich alternative Antriebe, besonders in der Elektromobilität, gab. Bei einer Wettbewerbsvergabe 2016 von diesen Fahrzeugen, hat man die Option gehabt, weitere Fahrzeuge anzuschaffen. Beschlossen wurde, dass neue Fahrzeuge angeschafft werden sollen, ohne dabei den Fernverkehr zu behindern. Er erklärt, dass der Zugang, die Barrierefreiheit und die modernen Fahrzeuge gesichert seien. Offen sei noch das Thema Infrastruktursanierung. Diesem Thema stehe man optimistisch gegenüber. Er teilt mit, dass Informationsrunden zum Thema der DB-Netz besucht werden können.

**Frau Meier** fragt, wie viele Fahrzeuge bestellt wurden.

**Herr Korda** antwortet, dass elf Fahrzeuge bestellt wurden. Es sei vorgesehen, dass in der Hauptverkehrszeit nur zwei Fahrzeuge gemeinsam fahren, um eine ausreichende Kapazität zu haben. Hintergrund dafür sei, dass somit immer drei Fahrzeuge als Reserve dienen, um Ausfälle zu vermeiden. Er merkt an, dass die Wartung im Eisenbahnbetriebshof Chemnitz stattfindet, welcher 2016 gebaut wurde.

## 5 Lagebericht der Forstbehörde und des Forstbetriebes

---

**Frau Lüdtk**e informiert anhand einer PowerPoint Präsentation über ihr Aufgabengebiet und geht dabei auf die Themen Forstorganisation mit ihren Zuständigkeiten sowie Vollzugsaufgaben als Untere Forstbehörde nach dem Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) ein. Sie erklärt das Genehmigungsverfahren nach dem SächsWaldG und spricht über die Forstaufsicht im Allgemeinen und im Umgang mit der Käferkalamität. Sie erklärt die Entwicklung des Buchdruckers (Borkenkäferart) und zeigt ein befallenes Rindenstück. Sie zeigt den Borkenkäferbefall und deren Folgen in den Chemnitzer Wäldern auf.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein** fragt, wie viele Waldbesitzer auf kommunaler Flur existieren und ob diese bei Borkenkäferbefall eine Förderung bekommen.

**Frau Lüdtk**e antwortet, dass es ca. 100 private Waldbesitzer gibt und dass es entsprechende Gelder gäbe, dies müsse man erfragen. Ansprechpartner dafür ist der Staatsbetrieb Sachsenforst.

**Herr Stadtrat Vieweg** fragt, was die Botschaft an die Stadträte sei und ob Frau Lüdtk ihre Sichtweise darlegen könne, was geändert werden müsse.

**Frau Lüdtk**e sagt, man müsse die Personalstruktur auf eine Vertretungsfunktion erweitern. Zudem müsse man die Sanierungen koordinieren, zum Beispiel neu betroffene Gebiete in kleineren Flächen sanieren.

Sie sagt, man müsse die Wiederaufrüstungspflicht anpassen und Flächen, kleiner als 0,2 Hektar nicht aufforsten.

**Herr Stadtrat Boden** fragt, wie es mit der Aufforstung weitergehe. Es müsse eine

politische Lösung her, welche vor allem langjährige Waldbesitzer bei der Aufforstung unterstütze.

**Herr Streich** stellt anhand einer PowerPoint Präsentation einen Lagebericht zum Kommunalwald vor. Er geht dabei auf witterungsbedingte Schadereignisse seit Oktober 2017 ein. Er zeigt Bilder, auf denen Waldschäden durch Stürme, Borkenkäfer und Trockenheit zu sehen sind. Er beschreibt die Auswirkungen dazu und nennt die Entwicklung des Personalbestands und der Waldflächen seit 1995. Zudem erklärt er weitere Leistungen des Kommunalwaldes. Er spricht das Thema Walderhaltung und Verkehrssicherung an und nennt dazugehörige Erfordernisse.

**Herr Stadtrat Zschocke** bedankt sich für die Präsentation. Er fragt, wie bei einer Einschränkung der touristischen Nutzung die Öffentlichkeit mit einbezogen werden soll, damit es Akzeptanz für die Maßnahmen gibt. Ein eigentumsübergreifendes Handeln zur Bekämpfung der Borkenkäferkalamität wäre dafür unerlässlich. Er fragt nach, wie die Abstimmungen mit dem Sachsenforst im März laufen. Des Weiteren möchte er wissen, wie man Kinder und Jugendliche bei diesen katastrophalen Zuständen begeistern könne, sich für den Wald zu engagieren.

**Herr Streich** antwortet, dass eine intensivere Pressearbeit betrieben werden müsse, welche aber viel Kraft und Kapazitäten kostet. Früher gab es Exkursionen mit Bürgern vor Ort, um z. B. anstehenden Holzeinschlag zu erklären. Der Freistaat Sachsen hat eine Initiative für eine Pflanzaktion aufgerufen. Dafür benötige man aber Unterstützung, denn es gelte sowohl Forstpflanzen zu beschaffen als auch die praktische Umsetzung einer solchen Aktion zu planen.

**Herr Weisbrich** (Revierförster) stellt sich vor und merkt an, dass man sich von dem Borkenkäferbefall nicht kleinkriegen lassen dürfe. Er erklärt zum Organisatorischen, dass Rahmenzeitverträge mit großen Forstunternehmen geschlossen wurden bzw. bereits bestehen, um eine gemeinsame Abarbeitung der Waldteile in Angriff nehmen zu können. Dazu beschreibt er die aktuelle Situation und nennt Fakten zu den Waldbeständen. Sogenannte zweischichtige Waldbestände weisen z. B. einen starken Unterwuchs auf. Eine Aufforstung soll vorzugsweise dort vorgenommen werden, wo es diesen Unterwuchs nicht gibt.

**Herr Stadtrat Scherzberg** fragt, wie sich in den letzten Jahren die Stürme auf die Jungbestände ausgewirkt haben.

**Herr Streich** antwortet, dass sich die Fläche mit Unterwuchs auf ca. 600 Hektar erhöht habe. Dabei habe die Fichte aufgrund der Temperaturverläufe und der ausreichenden Niederschläge der vergangenen Jahre eine hohe Fruktifikation (Ausbildung von Samen und Früchten von mannbaren Pflanzen) zu verzeichnen. Dies habe zur Folge gehabt, dass unter alten Fichtenschirmen Jungbaumbestände weiträumig umschlossen wurden.

**Herr Stadtrat Vieweg** spricht die Folie „Erfordernisse“ der Präsentation an. Er sagt, mit diesen Voraussetzungen sei die Krise nicht zu schaffen. Er fragt, wie viel Personal aus Sicht von Herrn Streich zugelegt werden müsse und erkundigt sich nach einer Verhältnisgröße im Haushalt dazu. Zudem fragt er, wie viel im Haushalt für Fremdvergaben zur Verfügung stehe.

**Herr Streich** antwortet, man müsse eine gesunde Mischung finden, um die Umsetzung zu gewährleisten. Waldverjüngung würde beispielsweise ca. 90.000 Euro jähr-

lich kosten. Aktuell setzt die Stadt Chemnitz ca. 1 Cent/m<sup>2</sup> Wald ein, 30 Cent/m<sup>2</sup> wäre aktuell die erforderliche Größenordnung. Zur personellen Untersetzung müsste die Anzahl der Waldarbeiter von 3 AE auf 6 AE erhöht werden (zusätzliche Personal- und Sachkosten von ca. 185 Tausend Euro). Des Weiteren sei ein zusätzlicher Sachbearbeiter (79 Tausend Euro) erforderlich, welcher ebenfalls die verwaltungsseitigen Arbeitsaufgaben zum Forst (inklusive Haushalt und Öffentlichkeitsarbeit) sowie zu den Wanderwegewartungen und dem Campingplatz absichern müsste.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein** merkt an, dass man den Personalbestand von früher wiederherstellen solle (Anm. d. Prot.: 7 Waldarbeiter im Jahr 1995). Außerdem benötige man dringend Wasserwagen.

**Herr Stadtrat Boden** informiert, dass Privatleute für die Wiederherstellung pro laufenden Meter Waldweg 80 Cent erhalten. Er bittet, die Privatleute nicht zu vergessen.

---

## 6 Informationen zu Immissionsschutz und Planungsrecht am Brühl

**Herr Butenop** informiert anhand einer PowerPoint Präsentation zum Thema Immissionsschutz und Planungsrecht am Brühl. Dabei geht er auf die Themen Ausgangssituation, Bauanträge, bauaufsichtliches Einschreiten und bestehende Planungen, sowie auf das Thema urbanes Gebiet mit den Rahmenbedingungen und einem Vergleich zu anderen Baugebieten ein. **Frau Kühnel** gibt einen Einblick in den Immissionsschutz und **Herr Butenop** zeigt das weitere Vorgehen auf.

**Herr Stadtrat Berger** merkt an, dass der Brühl ein lebendiger Boulevard werden soll. Man müsse davon ausgehen, dass es auch lauter werden kann auf dem Brühl. Er vergleicht die Stadt Chemnitz mit anderen Großstädten.

**Herr Bürgermeister Stötzer** erklärt, dass Herr Butenop neutral erklärt habe, welche Möglichkeiten die Stadt Chemnitz habe und es auch in anderen Städten Probleme gäbe.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein** merkt an, dass eine Stellungnahme der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. (GGG), als Eigentümer vieler anliegender Objekte in diesem Bereich, wünschenswert sei. Er sagt, die GGG habe über mehrere Jahre Erfahrung mit der Belebung des Brühls. Zudem sagt er, dass es nicht konfliktfrei sei, nachträglich ein urbanes Gebiet zu definieren. Eine Fortsetzung der informellen Planung wäre von Vorteil.

**Herr Stadtrat Vieweg** fragt, ob eine Kategorie „Urbanes Wohngebiet“ der Stadt Chemnitz tatsächlich helfe. Er fragt was rechtlich zu beachten wäre.

**Herr Bürgermeister Stötzer** antwortet, dass es zweischichtig zu sehen sei. Baurechtlich gesehen böte ein urbanes Gebiet mehr Möglichkeiten, verschiedene Nutzungsarten einzurichten. Man könne, unter Einhaltung der Lärmschutzwerte, Vergnügungsstätten einrichten. Es handle sich dabei um ein bautechnisches Thema, wie man Gebäude so umbauen könne, dass die Lärmschutzwerte eingehalten werden. Als Beispiel nennt er den ansässigen Escape-Room.

**Herr Butenop** ergänzt, dass der im Innenraum ankommende Lärmpegel in der nächstgelegenen Wohnung fix sei. Um welches Gebiet es sich dabei handle, sei egal.

**Herr Stadtrat Zschocke** bedankt sich für die Vorstellung der Präsentation. Er sagt, dass er viele Fragestellungen für gut und sinnvoll erachte. Er merkt an, dass die Fragestellung, was der Brühl einmal werden solle, nicht sinnvoll sei, da diese Frage bereits geklärt gewesen war.

Er finde das Thema der Gebietsabgrenzung sehr spannend. Das Thema Verschiebung der Ruhezeiten halte er für gut.

**Herr Fellendorf** bedankt sich für den Vortrag. Er finde, das Problem müsse man formal lösen. Er begrüße es, dass sich in Chemnitz viele junge Gastronomen ansiedeln, die solch Einrichtungen etablieren wollen. Er bittet darum, für junge Gastronomen in Chemnitz, Handlungsempfehlungen oder Leitfäden auf der Website einzustellen.

**Frau Meier** appelliert daran, den Brühl sich selbst entwickeln zu lassen.

---

7 Beschlussvorlagen an den Stadtrat

---

7.1 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 94/31 "Ortskern Euba"

Vorlage: B-014/2020

Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

---

**Herr Bürgermeister Stötzer** leitet in die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass eine Änderung der Verwaltung zur Vorlage ausgereicht wurde.

**Herr Stadtrat Leistner** erkundigt sich nach der Stellungnahme des Ortschaftsrates Euba.

**Herr Bürgermeister Stötzer** informiert, dass der Ortschaftsrat Euba die Vorlage in seiner Sitzung am 04.02.2020 einstimmig bestätigt hat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc einstimmig zu (12 Ja-Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe b)

- Ordn.-Nr. 31, 1. Sachverhalt einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 31, 2. Sachverhalt einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 32 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 30 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 32, 1. Sachverhalt einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 32, 2. Sachverhalt einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 33 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- 

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 2 einstimmig zu (12 Ja- Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 3 einstimmig zu (12 Ja- Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 4 einstimmig zu (12 Ja- Stimmen).



Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 5 einstimmig zu (12 Ja- Stimmen).

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität dem Stadtrat die Vorlage zu beschließen.

- 7.2 Abwägungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 18/02 „Labor- und Sportcampus der TU Chemnitz“ und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 18/02 „Labor- und Sportcampus der TU Chemnitz“, Teilgebiet 1  
Vorlage: B-020/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc einstimmig zu (11 Ja-Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 03 und 27, 1. Sachverhalt einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 03 und 27, 2. Sachverhalt einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 03 und 27, 3. Sachverhalt einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 03 und 27, 4. Sachverhalt einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt den Punkt 2 und 3 en-bloc einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

- 7.3 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 18/01 "Wohnbebauung Georg-Weerth-Straße"  
Vorlage: B-042/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

**Herr Stadtrat Berger** erkundigt sich, weshalb in der Vorlage immer der Verband Deutscher Landwirte verwendet werde und nicht der Sächsische Landesbauernverband.

**Herr Butenop** nimmt die Frage zur Prüfung mit.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe b)

- Ordn.-Nr. 05 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 13 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 24 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 01 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 21 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 24 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt den Punkt 2 und 3 en-bloc einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

- 7.4 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 15/12 "Adelsbergstraße, Gablenz"  
Vorlage: B-049/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

**Herr Bürgermeister Stötzer** leitet in die Vorlage ein.

**Herr Stadtrat Vieweg** erkundigt sich nach dem Flurstück 247 der Gemarkung Gablenz an der Adelsbergstraße. Er fragt, ob dieses Flurstück ausreichend geschützt sei. Zudem erkundigt er sich nach dem dortigen Autohandel und ob dafür ein Grundstück gefunden werde.

**Herr Butenop** antwortet, dass der Autohandel (Autoauktionshaus) einen Alternativstandort gefunden habe und eine Verlagerung somit passieren werde. Eine Nachnutzung der Flächen im Sinne des Bebauungsplanes sei möglich. Eine Lösung bahne sich an. Zu dem Gebäude sagt er, dass ein Gespräch mit dem Hausbesitzer stattfand und Abstimmungen getroffen wurden.

**Frau Stanko Schreyer** erklärt zum Thema, dass das Gespräch im Haus sehr harmonisch verlief und ein Teil der Forderungen umgesetzt werden konnte. Bedenken des Hausbesitzers wurden beachtet. Man habe sich mit dem Thema Bestandsschutz beschäftigt. Sie sagt, dass der Hausbesitzer einen passiven Bestandsschutz für sein Grundstück bekäme, da sein Eigentum rechtmäßig errichtet wurde. Die Nutzung dürfe weiter fortgeführt werden, allerdings müsse man neue Vorhaben, welche einer Baugenehmigung bedürfen, am Bebauungsplan messen. Im Nachgang seien neue Forderungen eingegangen, dass der Bestand im Bebauungsplan abgebildet werden solle.

Sie erklärt, dass die vorhandenen Abwägungen vorgenommen wurden und das Planungsziel, die Würdigung der öffentlichen Belange in den Vordergrund gerückt werden mussten. Man könne von der Festsetzung nicht absehen, es müsse bei einer geschlossenen Bauweise bei dieser Ecksituation bleiben. Sie sagt, dies wurde mit Unverständnis aufgenommen. Es handle sich um eine grundsätzliche Entscheidung. Man braucht die Bebauung als Blockrand, um aus Schallschutzgründen das allgemeine Wohngebiet umsetzen zu können. Mit einer offenen Bebauung bekäme man dies an der Ecke nicht hin.

**Herr Bürgermeister Stötzer** ergänzt, dass dies nicht bedeute, dass der Eigentümer seinen Bestandsschutz verliere. Er hat eine Baugenehmigung und kann sein Haus auf alle Zeit nutzen. Wenn der Eigentümer neu bauen möchte, muss er eine neue Baugenehmigung einholen.

**Herr Stadtrat Leistner** fragt, ob die Baugenehmigung personenbezogen ist.

**Herr Bürgermeister Stötzer** antwortet, dass die Baugenehmigung nicht personenbezogen ist, sondern sich auf das Gebäude bezieht.

**Herr Stadtrat Zschocke** erkundigt sich nach den Rechtsfolgen, wenn ein Normenkontrollverfahren eingeleitet werde.

**Herr Butenop** antwortet, dass ein Bebauungsplan so lange gelte, bis das Oberverwaltungsgericht Fehler erkenne und die Planung für unwirksam erkläre.

**Herr Stadtrat Vieweg** merkt an, dass man mit diesem Sachverhalt nicht zufrieden sein könne. Er fragt, was geschehe, wenn der Grundstückseigentümer etwas an seinem Gebäude verändern möchte und eine neue Baugenehmigung beantragt. Er fragt, ob er die Baugenehmigung im Rahmen des Bestandsschutzes überhaupt bekäme.

**Herr Bürgermeister Stötzer** erklärt, dass es nicht nur diesen Grundstückseigentümer betreffe, sondern auch die anderen Eigentümer. Es könne nur bebaut werden, wie der Bebauungsplan dies vorgebe. Der Bebauungsplan hat zum Ziel, städtebaulich-geordnete Verhältnisse zu schaffen. Er sagt, dass nicht genehmigungspflichtige Bauten, wie zum Beispiel eine Garage oder ein Carport, selbstverständlich errichtet werden können.

**Herr Stadtrat Berger** sagt, dass der Eigentümer von den Bungalows am heutigen Tag in der Fraktion anwesend war. Er habe ihm die gesetzlichen Regelungen erläutert und auch was dies für seine Erben bedeute. Er merkt an, dass die Stadt einer der großen Kunden des dortigen Auktionshaus sei und er nicht verstehe, weshalb in der Stellungnahme stehe, dass bei dem Auktionshaus eine illegale ausgeübte Nutzung vorliege. Dies halte er für sehr fragwürdig. Er habe das Gespräch mit dem Prokuristen des Unternehmers gesucht und gefragt, ob es schon Bewegungen gäbe. Der Prokurist habe dies verneint.

**Herr Butenop** erklärt, dass eine Information von einem Makler vorliege, dass er einen Auftrag des Eigentümers habe, in die bauliche Nachnutzung des Standortes zu gehen. Er sagt, dass der Makler ihm mitteilte, dass es ein Ersatzgrundstück zur Verlagerung gäbe.

Zum Thema der Illegalität des Autohandels sagt er, dass für die ausgeübte Nutzung keine Baugenehmigung vorliegt.

**Herr Bürgermeister Stötzer** sagt, dass der Autohandel an dem Standort toleriert werde, solange es noch keine Lösung gibt. Es werde aufgrund der fehlenden Baugenehmigung keine Nutzungsuntersagung erfolgen.

**Herr Stadtrat Herrmann** bittet darum, einen Blick für solch sensible Themen zu haben.

**Herr Stadtrat Ulbrich** ist unklar, wie es nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) passieren konnte, dass ein eingeschossiges Gebäude erbaut wurde. Er appelliert an die Verwaltung solchen Themen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Der Fehler liege nicht in dem Bebauungsplan, sondern weil die Genehmigung nach § 34 BauGB falsch erteilt wurde.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe b)

- Ordn.-Nr. 01 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 31 einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 35, 1. Sachverhalt einstimmig zu (11 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 35, 2. Sachverhalt einstimmig zu (11 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 44, 1. Sachverhalt einstimmig zu (8 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)
- Ordn.-Nr. 44, 2. Sachverhalt einstimmig zu (7 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen)
- Ordn.-Nr. 46 mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 47 einstimmig zu (11 Ja-Stimmen)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 44, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 44, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 44, 3. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 44, 4. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 44, 5. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 44, 6. Sachverhalt mehrheitlich zu (7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 45 einstimmig zu (8 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)
- Ordn.-Nr. 46, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 3. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 4. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 5. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 6. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 7. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 8. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 9. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 10. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 11. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 46, 12. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 2 und 3 en-bloc einstimmig zu (8 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

---

8 Verschiedenes

---

8.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

---

**Herr Butenop** informiert zum Sanierungsgebiet auf der Zwickauer Straße. Er teilt mit, dass eine Veranstaltung mit Bürgern stattfinden soll. Geplant ist die Bürgerbeteiligung am 14.05.2020 ab 16:30 Uhr in den Räumen des Straßenbahnmuseums. Ziel dieser Veranstaltung sei es, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Er sagt, dass entsprechende Leistungen (Erstellung der vorbereitenden Untersuchung und der Rahmenplan) ausgeschrieben wurden. Er sagt, die Auswahl/Bezuschlagung stände in nächster Zeit an und ab Mai/Juni könne man die Planungsbüros weiter in die Bearbeitung einsteigen lassen. Im Vordergrund stehe allerdings die Bürgerinformation.

**Herr Gregorzyk** informiert zum Thema Straßenbauförderung. Er nimmt Bezug auf ein Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums an den Landtag zum zukünftigen Umgang mit kommunaler Straßenbauförderung. Er spricht vier Problemfelder für die Stadt Chemnitz an. Zum einen betrifft es den nächsten Zweijahreshaushalt (Verkehrsbaumaßnahmen müssten mit Eigenfinanzierung dargestellt werden) und zum anderen betrifft es die Finanzierung von Fördermitteln, in dem die Kommune die finanzielle Belastung aus dem Submissionsergebnis selbst tragen müsse. Er sagt, dass durch das Schreiben unklar sei, wie sich diese Art von Förderung auf andere Fördertöpfe auswirke. Er sagt, Radverkehrsmaßnahmen seien unklar.

Als vierten Punkt nennt er, dass in dem Schreiben nicht festgehalten ist, wie man in Kreuzungsvereinbarungen mit anderen Partnern umgeht. Darunter fallen zum Beispiel die Bahn, der Autobahnbereich, der Fernstraßenbereich, usw. Mit diesem Schreiben müsse die Stadt Chemnitz Vereinbarungsanfragen mit Dritten ablehnen. Die Konsequenzen seien nicht bekannt.

**Herr Stadtrat Ulbricht** fragt, was die Begründung dieses Schreibens ist.

**Herr Bürgermeister Stötzer** antwortet, dass die Kommunen sehr viele Anträge auf Fördermittel eingereicht haben. Daraufhin habe man festgestellt, dass das Geld nicht ausreiche um alle Fördermittelanträge zu bedienen. Es besteht damit eine sehr hohe Überzeichnung des Förderprogramms.

**Herr Stadtrat Zschocke** ergänzt, dass in größerem Umfang Straßen und Radwege betroffen sind und fragt, wie es denn mit der Einfädelspur Neefestraße weitergehe. Weiterhin fragt er an, ob es außer diesem Schreiben eine weitere Kommunikation gegenüber den Kommunen gegeben hat und ob es andere Möglichkeiten gibt, wie zum Beispiel temporärere Verschiebungen von Maßnahmen.

**Herr Gregorzyk** antwortet, dass es auf der offiziellen Linie nichts gäbe. Die Stadt ist bereits in verschiedenen Baumaßnahmen tätig und es sei unklar, wie mit diesen Baumaßnahmen weiter umgegangen werde. Für die Brücke über die DB AG Zschopauer Straße liegt seit Monaten ein unbearbeiteter Mehrkostenantrag beim Fördermittelgeber vor. Die Baumaßnahme Neefestraße ist ebenfalls akut gefährdet. Damit müssen punktuell bestimmte Themen fokussiert und zunächst verwaltungsseitig abgestimmt werden, wie mit dieser Situation weiter umgegangen werden soll. Es handle sich um ein schwieriges Thema.

**Herr Stadtrat Vieweg** gibt Einblick auf eine andere Sichtweise und er habe Verständnis für die Ziehung der Notbremse des Ministers.

**Herr Zschocke** geht auf die Antwort von Herrn Gregorzyk ein und fragt, ob es eine verkehrsrechtliche Anordnung (Tempo 50) der Einfädelspur am Knotenpunkt Neefestraße/Jagdschänkenstraße geben werde.

**Herr Gregorzyk** antwortet, dass es sich um einen Unfallhäufungspunkt handle. Er gehe davon aus, dass zu so einer Maßnahme gegriffen werden müsse. Es sei noch nichts beschlossen, aber es gibt Diskussionen zu diesem Thema.

## 8.2 Fragen der Ausschussmitglieder

---

**Herr Stadtrat Scherzberg** erinnert an das Prüfen der Spielstraße, Tempo 30 – Zone in der Georgstraße in Altendorf, welches in der Einwohnerversammlung im November den Einwohnern zugesichert wurde. Bisher habe man seitens der Verwaltung aber keine Informationen erhalten.

Er fragt, ob es möglich sei, den Stau auf der Annaberger Straße zu entschärfen, indem man die Taktung der Ampel verlängere. So könnten mehr Linksabbieger in die Gustav-Freytag-Straße einfahren.

**Herr Gregorzyk** wird beide Themen mitnehmen.

**Herr Stadtrat Scherzberg** möchte wissen, warum die Stadt Chemnitz für größere Bauvorhaben keine Modelle von den Planern abfrage. Er nennt Beispiele. Dies würde eine bessere Darstellung für die Bürgerinnen und Bürger geben.

**Herr Butenop** antwortet, dass eine Ratsanfrage zu dem Thema Modellbau vorliege, welche von der Verwaltung beantwortet werde.

**Herr Stadtrat Zschocke** erkundigt sich nach der Tempo 30 Thematik auf der Reichenhainer Straße.

**Herr Gregorzyk** wird dazu im nächsten Ausschuss informieren.

**Herr Stadtrat Boden** erkundigt sich nach dem Gesamtentscheidungsstand für den am 25.09.2019 beschlossenen Lärmaktionsplan in Bezug auf den Bereich Südring. Er fragt nach der Baustandvorbereitung des Bades Erfenschlag.

Des Weiteren fragt er nach dem Aufzug in der Schule Wittgensdorf und ob es dazu einen aktuellen Stand gäbe.

Zudem erkundigt er sich nach dem aktuellen Stand und der Anzahl der eingelagerten historischen Brunnen in der Stadt Chemnitz.

**Frau Kühnel** beantwortet die Frage zum Lärmaktionsplan auf dem Südring damit, dass das Tiefbauamt in Abstimmung mit dem Amt 36 dabei ist, lärmarme Straßenbeläge aufzubringen und diese zu testen. Dies wäre das einzige Mittel, welches innerhalb der Möglichkeiten der Stadt liege.

**Herr Stadtrat Boden** spricht die 9 Straßenabschnitte im beschlossenen Lärmaktionsplan an, welche Flüsterasphalt bekommen sollen und dass davon nur zwei davon die Nachtwerte erfüllen. Er sagt, auf lange Sicht gesehen käme man nicht um Lärmschutzwände herum.

**Herr Bürgermeister Stötzer** antwortet zur Frage bezüglich des Erfenschlager Bades, dass das Baudezernat hierzu noch keine konkreten Aufgabenstellungen bekommen hat.

**Herr Börner** antwortet auf die Frage zum aktuellen Stand der eingelagerten historischen Brunnen. Es gibt zwei Brunnenruinen; bei der Pelzmühle und im Rondell beim ehemaligen Kulturpalast (dieser ist abgedeckt). Der Klapperbrunnen wurde zu Restaurationszwecken abgebaut und eingelagert. Der sehr lange eingelagerte Mooreichenbrunnen wurde am Auepark als Skulptur wieder aufgestellt.

**Herr Stötzer** beantwortet die Frage zum Thema Aufzug der Schule Wittgensdorf. Die Leistungsphase 4 liegt vor und es wird derzeit die Leistungsphase 5 vorbereitet.

- 9 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Zschocke** und **Herr Stadtrat Drechsel** bestimmt.

27.03.2020 *Stötzer*  
Datum Michael Stötzer  
Vorsitzender  
des Ausschusses

14.04.2020 *Zschocke*  
Datum Volkmar Zschocke  
Mitglied  
des Ausschusses

15.04.2020 *Drechsel*  
Datum Reiner Drechsel  
Mitglied  
des Ausschusses

16.03.2020 *Dittrich*  
Datum Jessica Dittrich  
Schriftführerin